
1218/AB XXIV. GP

Eingelangt am 06.05.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0098-III/4a/2009

Wien, 30. April 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1352/J-NR/2009 betreffend den Frauenanteil in höherwertigen Verwendungen (Funktionen), die die Abg. Mag. Judith Schwentner, Freundinnen und Freunde am 13. März 2009 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3 und 7:

Dazu wird auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 1343/J-NR/2009 durch die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Öffentlichen Dienst verwiesen.

Zu Fragen 4 und 12:

Eine Bewerberin 2008.

Zu Fragen 5, 10 und 11:

2007		2008	
weiblich	10	weiblich	8
männlich	1	männlich	6

Zu Frage 6:

2007		2008	
weiblich	332	weiblich	289
männlich	150	männlich	95

Zu Frage 8:

Zwei Besetzungsvorschläge.

Zu Frage 9:

Keine.

Zu Frage 13:

Gemäß den (verfassungs-)rechtlichen Rahmenbedingungen werden in jedem einzelnen Besetzungsvorgang entsprechende Ermittlungen und nachvollziehbare Qualifikationsvergleiche vorgenommen, auf denen die Begründungen für die Auswahlentscheidungen basieren.

Zu Frage 14:

Den Empfehlungen der Bundes-Gleichbehandlungskommission wurde legistisch dahingehend Rechnung getragen, dass gemäß § 7 Frauenförderungsplan BMUKK, BGBl. II Nr. 76/2009, die oder der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen in Dienstrechtsverfahren einzubinden ist. Die erforderlichen Unterlagen sind ihr/ihm rechtzeitig und vollständig zu übermitteln. Vor der Besetzung von Funktionen im Bereich der nachgeordneten Dienststellen ist der Ernennungs- oder Beststellungsakt der oder dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen vor Erledigung zur Stellungnahme sowie vor Hinterlegung vorzuschreiben.

Zu Frage 15:

Den Empfehlungen der Bundes-Gleichbehandlungskommission wurde legistisch dahingehend Rechnung getragen, dass § 4 Frauenförderungsplan BMUKK, BGBl. II Nr. 76/2009, normiert, dass in Bewerbungsgesprächen diskriminierende Fragestellungen unzulässig sind. Bei der Beurteilung der Eignung dürfen keine Auswahl- und Bewertungskriterien herangezogen werden, die sich an einem diskriminierenden, rollenstereotypen Verständnis der Geschlechter orientieren.

Die Bundesministerin:
Dr. Claudia Schmied eh.